

Niederschrift



Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim am Donnerstag, 27.02.2020, 18:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses Bornheim, Rathausstraße 2

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	16/2020
StEA Nr.	3/2020

Anwesende

Vorsitzender

Schwarz, Wolfgang CDU-Fraktion

Mitglieder

Engels, Hans Günther CDU-Fraktion
Feldenkirchen, Hans Gerd UWG/Forum-Fraktion
Geuer, Theo CDU-Fraktion
Hanft, Wilfried SPD-Fraktion
Keils, Ewald CDU-Fraktion
Kleinekathöfer, Ute SPD-Fraktion
Knapstein, Günter CDU-Fraktion
Krüger, Frank W. SPD-Fraktion
Prinz, Rüdiger CDU-Fraktion
Roitzheim, Frank UWG-Fraktion
Schulz, Heinz-Peter Fraktion-DIE LINKE
Stadler, Harald SPD-Fraktion
Velten, Konrad CDU-Fraktion
Wehrend, Lutz CDU-Fraktion

stv. Mitglieder

Hochgartz, Markus Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Klein, Stefan FDP-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen, Dr. Bündnis 90/Grüne-Fraktion ab TOP 5 tw.
Marx, Bernd CDU-Fraktion
Montenarh, Stefan UWG/Forum-Fraktion
Strauff, Bernhard CDU-Fraktion
Tourné, Peter, Dr. SPD-Fraktion

beratende Mitglieder

Will, Madeleine, Dr. Seniorenbeirat

Verwaltungsvertreter

Erl, Andreas
Schier, Manfred, Erster Beigeordneter
Sturm, Alexander

Schriefführerin

Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Breuer, Paul fraktionslos
Brief, Rolf UWG/Forum-Fraktion
Gesell, Andrea Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Juchem, Toni CDU-Fraktion
Lamprichs, Holger CDU-Fraktion

Liebeskind, Annette
 Peters, Anna
 Rick, Nico

Bündnis 90/Grüne-Fraktion
 SPD-Fraktion
 FDP-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Verkehrsuntersuchung zum Knotenumbau L 118/ L 300 in Bornheim-Hersel	068/2020-7
5	Machbarkeitsstudie Niveaufreie Kreuzung der L118 mit der Bahnstrecke der Stadtbahnlinie 16/ Güterverkehr	067/2020-7
6	Bebauungsplan Rb 02 in der Ortschaft Rösberg; Vorbereitung eines neuen Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Rb 02 mit erweitertem Plangebiet auf Grundlage eines Gesamtkonzeptes	021/2020-7
7	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	073/2020-7
8	Umsetzungsbericht 2019 Radverkehrskonzept Stadt Bornheim	707/2019-9
9	Aktuelle Betriebssituation auf den Bahnlinien RB 26 und RB 48	702/2019-7
10	Teilflächennutzungsplan Windenergie; Potenzialflächenanalyse	017/2020-7
11	Anregung nach § 24 GO NRW vom 01.10.2019 betr. sofortigen Baubeginn des zweiten Gleises zwischen den Haltestellen Bornheim und Roisdorf-West	635/2019-7
12	Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 05.10.2019 betr. Straßenausbau Heerweg	665/2019-9
13	Anregung nach § 24 GO NRW vom 06.10.2019 betr. Veröffentlichung der Pläne für die Realisierung des Radverkehrskonzeptes	632/2019-9
14	Anregung nach § 24 GO NRW vom 12.11.2019 betr. Erweiterung Bebauung Heerweg in Waldorf	745/2019-7
15	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.10.2019 betr. Vorgaben im Geschosswohnungsbau	709/2019-7
16	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.12.2019 betr. Nachwachsende und recycelte Baustoffe	050/2020-12
17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.12.2019 betr. Errichtung von Trinkwasserspendern	051/2020-9
18	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.12.2019 betr. Radverkehrsanteil in Bornheim bis 2025 verdreifachen	052/2020-7
19	Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2020 betr. Ansiedlung eines Vollversorgers im Einkaufszentrum Merten	079/2020-7
20	Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2020 betr. Änderung der Wohneinheitenanzahl im B-Plan Ro 23	080/2020-7
21	Antrag der UWG/Forum-Fraktion vom 30.01.2020 betr. Querungshilfe über die L 183 Bonn-Brühler Str. in Höhe der Brucknerstr./Ärztelhaus und Apotheke	113/2020-9
22	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.10.2019 betr. Umsetzung von Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes	677/2019-9
23	Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2019 betr. Baugebot nach § 176 Baugesetzbuch	725/2019-7
24	Große Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.12.2019 betr. Gewerbevorhaben auf einem Hausboot am Hersel-Uedorfer-Rheinufer	054/2020-6

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
25	Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 30.01.2020 betr. Eingriffs- und Ausgleichsberechnungen	112/2020-12
26	Mitteilung betr. Unfallstatistik 2018 des Polizeipräsidiums	701/2019-9
27	Mitteilung betr. Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln / Bonn - Praxishilfe	019/2020-12
28	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	115/2020-1
29	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wolfgang Schwarz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Herr Schier zieht die Tagesordnungspunkte 5, 7, 19 und 30 von der Tagesordnung zurück, da diese bereits in der Sitzung am 12.02.2020 behandelt worden sind und zum Tagesordnungspunkt 10 kann der Fachgutachter erst in der Sitzung im April kommen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion, die Tagesordnungspunkte 8 und 22 zusammen zu behandeln.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-4, 6, 8, 22, 9, 11-18, 20, 21, 23-29.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
----------	-----------------------------------------------	--

Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.

3	Einwohnerfragestunde	
----------	-----------------------------	--

Die gestellten Einwohnerfragen und die Antworten sind als Anlage der Niederschrift beigelegt.

Anlage siehe Seite 12

4	Verkehrsuntersuchung zum Knotenumbau L 118/ L 300 in Bornheim-Hersel	068/2020-7
----------	-----------------------------------------------------------------------------	-------------------

Die CDU-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung mit der HGK Gespräche zur Teilbeseitigung des Gebäudes führen soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. nimmt die Inhalte zur Knotenpunktplanung L 118/ L300 in Hersel zur Kenntnis.
2. beauftragt die Verwaltung mit den Beteiligten HGK und Straßen.NRW die Variante 1 weiterzuverfolgen.
3. beauftragt die Verwaltung Gespräche mit der HGK bezüglich der Teilbeseitigung des Gebäudes zu führen.

- Einstimmig -

5	Machbarkeitsstudie Niveaufreie Kreuzung der L118 mit der Bahnstrecke der Stadtbahnlinie 16/ Güterverkehr	067/2020-7
----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- abgesetzt -

6	Bebauungsplan Rb 02 in der Ortschaft Rösberg; Vorbereitung eines neuen Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Rb 02 mit erweitertem Plangebiet auf Grundlage eines Gesamtkonzeptes	021/2020-7
----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Die CDU-Fraktion beantragt die Nutzung erneuerbarer Energien Photovoltaik, Carsharing, elektrische Ladestationen, Dachbegrünung mit in den Bebauungsplan einzubeziehen.

Die SPD-Fraktion

1. beantragt die Verwaltung zu beauftragen, die Anzahl der Parkplätze zu überprüfen und die möglicherweise freiwerdenden Flächen dem Bürgerpark zuzuschlagen.
2. beantragt die Verwaltung zu beauftragen, die Anbindung über einen Kreisverkehr zu prüfen.
3. und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragen die Bauleitplanung in Kita/Seniorenwohnheim und Einzelhandel zu teilen.

Herr Schier sagt zu, dass die Verwaltung eine Risikoeinschätzung zum Aufstellungsbeschluss über die Teilung der Bauleitplanung geben kann, unter Berücksichtigung der Prüfung, in wie weit man Synergieeffekte auch investiv hinbekommt, die mit einem getrennten Verfahren nicht funktionieren würde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt ein richtiges energetisches Konzept zu erstellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat

1. beschließt, die Planung für den Bereich des ehemaligen Sportplatzes auf der Grundlage des vorliegenden Konzeptes weiterzuführen.
2. beauftragt die Verwaltung einen neuen Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Rb 02 mit erweitertem Plangebiet vorzubereiten.
3. beantragt die Nutzung erneuerbarer Energien Photovoltaik, Carsharing, elektrische Ladestationen, Dachbegrünung mit in dem Bebauungsplan einzubeziehen und ein energetisches Konzept für das gesamte Gebiet zu entwickeln.

4. die Anzahl der Parkplätze zu überprüfen und die möglicherweise freiwerdenden Flächen dem Bürgerpark zuzuschlagen.
5. beauftragt die Verwaltung die Anbindung über einen Kreisverkehr zu prüfen.
6. beauftragt die Verwaltung eine Risikoeinschätzung zum Aufstellungsbeschluss über die Teilung der Bauleitplanung zu geben.

- Einstimmig -

7	Umsetzung der Prioritäten der Wohnbauflächenentwicklung	073/2020-7
----------	----------------------------------------------------------------	-------------------

- abgesetzt -

Der Tagesordnungspunkt 8 wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt 22 behandelt.

8	Umsetzungsbericht 2019 Radverkehrskonzept Stadt Bornheim	707/2019-9
----------	-----------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

9	Aktuelle Betriebssituation auf den Bahnlinien RB 26 und RB 48	702/2019-7
----------	----------------------------------------------------------------------	-------------------

Die SPD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung prüft, ob der Schienenersatzverkehr über die nördliche Seite des Bahnhofes und nicht durch die Ortschaft Sechtem geführt werden kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob der Schienenersatzverkehr über die nördliche Seite des Bahnhofes und nicht durch die Ortschaft Sechtem geführt werden kann.

- Einstimmig -

10	Teilflächennutzungsplan Windenergie; Potenzialflächenanalyse	017/2020-7
-----------	---------------------------------------------------------------------	-------------------

- abgesetzt -

11	Anregung nach § 24 GO NRW vom 01.10.2019 betr. sofortigen Baubeginn des zweiten Gleises zwischen den Haltestellen Bornheim und Roisdorf-West	635/2019-7
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

12	Beschwerde nach § 24 GO NRW vom 05.10.2019 betr. Straßen- ausbau Heerweg	665/2019-9
-----------	---------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und bezieht die Überlegungen der Petenten in die weiteren Planungsschritte mit ein.

- Einstimmig -

13	Anregung nach § 24 GO NRW vom 06.10.2019 betr. Veröffentlichung der Pläne für die Realisierung des Radverkehrskonzeptes	632/2019-9
-----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.

- Einstimmig -

14	Anregung nach § 24 GO NRW vom 12.11.2019 betr. Erweiterung Bebauung Heerweg in Waldorf	745/2019-7
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, kein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten.

- Einstimmig -

15	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.10.2019 betr. Vorgaben im Geschosswohnungsbau	709/2019-7
-----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Herr Hochgartz bittet den ganzen Kriterienkatalog mit den entsprechenden Quadratmeterzahlen im AK Städtebau vorzulegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, die Kriterien der Bauleitplanung im Arbeitskreis Städtebau zu beraten.

- Einstimmig -

16	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.12.2019 betr. Nachwachsende und recycelte Baustoffe	050/2020-12
-----------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, die im Antrag genannten Aspekte in die Erarbeitung des interkommunalen Klimafolgenanpassungskonzepts - zumindest im Bornheimer Lokalkonzept – einzubeziehen.

- Einstimmig -

17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.12.2019 betr. Errichtung von Trinkwasserspendern	051/2020-9
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

18	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.12.2019 betr. Radverkehrsanteil in Bornheim bis 2025 verdreifachen	052/2020-7
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung vertagt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 24.12.2019 in die übernächste Sitzung.

- Einstimmig -

19	Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2020 betr. Ansiedlung eines Vollversorgers im Einkaufszentrum Merten	079/2020-7
-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- abgesetzt -

20	Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2020 betr. Änderung der Wohneinheitenanzahl im B-Plan Ro 23	080/2020-7
-----------	------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Zahl der Wohneinheiten im Bebauungsplangebiet auf 130 zu erhöhen und die Zahl von mindestens 35 Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau festzusetzen. Im Geschosswohnungsbau soll die Zahl von 45 auf 75 erhöht werden, wird mit einem Stimmenverhältnis von

08 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Grüne, LINKE)

13 Stimmen gegen den Antrag (CDU, FDP, UWG tw.)

01 Stimmenthaltung (UWG tw.)

abgelehnt.

Die CDU-Fraktion beantragt die Wohneinheiten der insgesamt 6 Mehrfamilienhäuser von 45 Wohneinheiten auf 66 Wohneinheiten zu erhöhen, um einen verträglichen Mix aus verschiedenen Wohnungsgrößen bei 20% gefördertem Wohnungsbau zu erhalten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung die Wohneinheiten der insgesamt 6 Mehrfamilienhäuser von 45 Wohneinheiten auf 66 Wohneinheiten zu erhöhen, um einen verträglichen Mix aus verschiedenen Wohnungsgrößen bei 20% gefördertem Wohnungsbau zu erhalten.

- Einstimmig -

AM Stadler erklärt, er habe dem CDU-Antrag auf Erhöhung der Wohneinheitenanzahl (WE) im Roisdorfer B-Plan Ro 23 nur deshalb zugestimmt, weil die Erhöhung der WE um 21 Einheiten mehr ist, als die bescheidene Anzahl von 45 WE, die das Planungsamt vorschlägt, und unterstützt weiterhin den Wunsch des Investors und der SPD-Fraktion 75 WE im Geschosswohnungsbau des Ro 23 zuzulassen, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Er bleibt bei seiner Auffassung, dass hier die Beschlussfassung des Rates vom 22. März 2018 für Roisdorf im Ro 23 eine 27-Prozent-Quote für den geförderten Wohnungsbau mit mehreren kl. WE, so wie die SPD-Fraktion dies heute zur Abstimmung gestellt hat, dem dringenden Wunsch der wohnungssuchenden Bürger nach bezahlbarem Wohnraum mehr entgegenkommt, als die von den bürgerlichen Fraktionen heute vorgeschlagenen Restriktionen.

AM Kleinekathöfer erklärt, sie habe dem Antrag der CDU-Fraktion zugestimmt, weil es besser ist als nichts, wissend, dass mit diesem Beschluss wiederum Menschen, die nicht über ein hohes Einkommen verfügen, ausgegrenzt werden.

21	Antrag der UWG/Forum-Fraktion vom 30.01.2020 betr. Querungshilfe über die L 183 Bonn-Brühler Str. in Höhe der Bruckerstr./Ärztehaus und Apotheke	113/2020-9
-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung den im Antrag dargestellten Sachverhalt zu prüfen und dem Ausschuss das Ergebnis mitzuteilen.

- Einstimmig -

Der Tagesordnungspunkt 22 wurde zusammen mit Tagesordnungspunkt 8 behandelt.

22	Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 16.10.2019 betr. Umsetzung von Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes	677/2019-9
-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Kleinekathöfer betr. Radfahrschutz Apostelpfad

Antwort:

Der Schutzstreifen ist angelegt und die Piktogramme erfolgen noch bei guter Witterung.

betr. Zuparken der Schutzstreifen

Gibt es grundsätzlich Überlegungen was man dagegen tun könnte?

Antwort:

Durch die Novellierung der StVO beträgt das Bußgeld jetzt 100 Euro anstatt 15 Euro, so dass ein Umdenken erfolgen sollte.

AM Dr. Kuhn

Wie kann das Vorgehen beschleunigt werden? Wie viel wurde bisher ausgegeben?

Antwort:

Mehr Geld an sich reicht nicht, die Maßnahmen müssen durch Personal auch beplant werden. Auf Grund der derzeitigen personellen Situation kann ein schnelleres Vorgehen nicht erfolgen. Im Rahmen der Haushaltsberatung soll ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt werden.

AM Stadler

1. betr. L 183 Ortsteil Roisdorf, Radverkehr von L 183 über Koblenzer Straße

Antwort:

Der Teilbereich zwischen der Bonner Straße und der Koblenzer Straße ist der rot markierte Bereich, der wird für den Radfahrer besser signalisiert. Dies kann als normaler Radweg ausgemaltes werden. Piktogramme werden angebracht.

2. Problem Koblenzer Straße ist nicht ausgebaut

Wie wird das auf der nicht ausgebauten Straße (Koblenzer Straße) geregelt?

Antwort:

Beim Radfahrerquellverkehr, der in die Koblenzer Straße fährt, handelt es sich überwiegend um Anliegerverkehr.

Derzeit können nur Angebote geschaffen werden, eine vernünftige lückenhafte Radverkehrsführung herzustellen.

3. Solange die Koblenzer Straße nicht ausgebaut ist, ist es keine attraktive Straße für den Radfahrer, außer man macht einen Fahrradstreifen und reduziert den PKW-Verkehr

Antwort:

In der Koblenzer Straße soll die 30 km/h Zone aufrechterhalten werden und Fahrradstreifen gibt es in einer 30 km/h Zone nicht.

4. Verbindung zur Radpendlerroute Ecke Adenauerallee/Rathausstraße

Warum wurde keine Verbindung gemacht von der L 183 zu dieser Radpendlerroute über die Adenauerallee?

Antwort:

Die Radpendlerroute ist geplant, aber noch nicht gebaut. In diesem Jahr wurde geschaut, wo ist der meiste Verkehr, wo ist es attraktiv lang zu fahren.

Es wird sich derzeit auf die Strecken konzentriert, die stark befahren sind und wo ein Lückenschluss geschaffen werden kann zwischen schon bestehenden Radwegstrecken und noch nicht bestehenden Strecken.

5. Viele Radfahrer nutzen die Strecke am Bornheimer Bach

Warum wurde der violette Streifen der gedachten Radpendlerroute weitergeführt bis zur Bonner Straße?

Antwort:

Jetzt befindet man sich im Bereich der Radverkehrsplanung. Diese Dinge werden stufenweise entwickelt. Wenn der Bedarf besteht, gegenüber dem Konzept Veränderungen herbeizuführen, sollte dies im Rahmen des AK Radverkehr und bei der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes diskutiert werden.

6. Kann diese Planung den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden?

Antwort:

Hierbei handelt es sich nicht um eine Planung sondern lediglich um eine Darstellung derjenigen Flächen, die zur Zeit überplant werden. Für die Planung gibt es das Radverkehrskonzept.

AM Hanft

1. betr. personelle Aufstockung

Wenn man mit diesen Mitteln nicht auskommt, welche Chancen gibt es generell Radwegeprojekte in die Förderprogramme zu integrieren?

Antwort:

Solange das jetzige Personal vorhanden ist, ist das, was an Budget gegeben ist, ausreichend. Es gibt Maßnahmen, die förderfähig sind. Diese werden mit einem Förderantrag versehen. Es gibt aber auch Verkehrswege, bei denen die Fahrradförderung weniger im Vordergrund steht. Man kann hier nur projektbezogen diskutieren.

Das was derzeit an Budget (Gesamtbudget von 2,5 Mio Euro für die Straßenunterhaltung von 4 Mio Euro für Straßenbaumaßnahmen) zur Verfügung steht, kann derzeit mit dem vorhandenen Personal nicht ausgeschöpft werden. Es braucht mehr Personal, um an die Grenzen des Budgets zu kommen, mit Ausnahme der großen Projekte, die anstehen. Da benötigt man eine eigene Budgetierung.

2. betr. 13 Maßnahmen zur Benutzung des Radverkehrs gegen die Einbahnstraße
Welche Erfahrungen hat man damit gemacht?

Antwort:

Eine Anfrage bei der Polizei hat ergeben, dass das Unfallaufkommen in allen geöffneten Einbahnstraßen unauffällig ist bis hinzu gar keinem Unfall.

3. Ist es haltbar den Ausbau der Radpendlerroute im 2. Halbjahr 2020 in Angriff zu nehmen?

Antwort:

Ausbaumäßig in Angriff zu nehmen bedeutet Fortführung der Planung und ingenieurmäßige Ausführungsplanung mit Ausschreibung. Man kann nicht damit rechnen, dass im Jahr 2020 Strecken der Pendlerroute bereits fertig sind, sondern dass diese, wenn die flächenmäßigen Voraussetzungen gegeben sind, vorangebracht werden.

AM Stadler betr. Kosten, Ecke Auf der Lüste/Siegesstraße

Ein Hinweisschild für Radfahrer ist geradeaus weiter am Bach entlang in Richtung Bornheim
Was spricht dagegen, dass man am Rathaus ein Schild anbringt, das auf diesen Radbegleitweg entlang des Baches hinweist?

Antwort:

Das Radverkehrskonzept sieht eine Beschilderung der Radwege vor. Wenn dieses Konzept eine solche Beschilderung vorsieht, spricht nichts dagegen. Wenn dem nicht so ist, muss bei der Fortschreibung überlegt werden, ob diese Beschilderung sinnvoll wäre.

Ausgeschildert sind nach dem Radverkehrskonzept nur Haupttrouten. Hier in diesem Bereich sind daher nur die Rathausstraße und Friedrichstraße ausgeschildert worden.

AM Klein betr. Hersel, Einbahnstraßenführung der Radwege, Piktogramme wurden angebracht

Können die durch den Glasfaserausbau teilweise entfernten Piktogramme wieder angebracht werden?

Antwort:

Die Piktogramme werden wieder hergestellt.

23	Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.11.2019 betr. Baugebot nach § 176 Baugesetzbuch	725/2019-7
-----------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Dr. Kuhn betr. Frage 2

Für wie viele Baulücken wurden in den letzten 3 Jahren (nach Jahren aufgeschlüsselt) Bauanträge gestellt?

Antwort:

Derzeit können diese statistischen Ergebnisse nicht ermittelt werden.

Spezifisch auf einzelne Baulücken betrachtet kann die Frage nicht beantwortet werden, Baulücken nach § 34 BauGB schon.

Einfache statistische Maßzahlen können ermittelt und mitgeteilt werden.

AM Hanft betr. Antwort zur Frage 4

Weshalb ist für die Beantwortung ein Rechtsgutachten erforderlich?

Antwort:

Wenn man konkrete Fragen stellt, diese rechtssicher beantwortet werden sollen, kann dies derzeit nicht im Alltagsgeschäft geschehen und man muss auf solche Instrumentarien zurückgreifen.

24	Große Anfrage der CDU-Fraktion vom 27.12.2019 betr. Gewerbevorhaben auf einem Hausboot am Hersel-Uedorfer-Rheinufer	054/2020-6
-----------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage AM Prinz

Kann die Verwaltung selbständig der Sache weiterhin nachgehen und kann irgendwann strafrechtlich ein Verfahren eingeleitet werden?

Antwort:

Die Verwaltung geht der Sache weiterhin nach, kann aber strafrechtlich nicht tätig werden, sondern nur im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.

Auf Grund von Internetanzeigen kann nicht vorgegangen werden, sondern es müssen fundierte Zeugenaussagen gemacht werden. Bisher gibt es diesbezüglich keine Rückmeldung von Zeugen.

25	Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 30.01.2020 betr. Eingriffs- und Ausgleichsberechnungen	112/2020-12
-----------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

- Kenntnis genommen -

26	Mitteilung betr. Unfallstatistik 2018 des Polizeipräsidiums	701/2019-9
-----------	--------------------------------------------------------------------	-------------------

- Kenntnis genommen -

27	Mitteilung betr. Klimawandelvorsorgestrategie für die Region Köln / Bonn - Praxishilfe	019/2020-12
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------

- Kenntnis genommen -

28	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	115/2020-1
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Aktuelle Mitteilung des Herrn Schier

Ein erster Entwurf des Regionalplans liegt vor, wird derzeit ausgewertet und anschließend erfolgt eine Mitteilung über die Einschätzung.

-Kenntnis genommen-

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Keine.

29	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Prinz

Warum besteht auf der Homepage für Kleine Anfragen 2020 noch kein Zugriff und warum werden die Antworten nicht wie bisher, auch per E-Mail den Ratsmitgliedern, zugeleitet?

Antwort:

Wird geprüft.

AM Stadler

Warum wurden meine 3 Fragen aus der letzten Sitzung bisher nicht beantwortet?

Antwort:

Die Antworten werden derzeit in der Verwaltung zusammengestellt.

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

gez. Wolfgang Schwarz
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung

Anlage zu TOP 3

Gottfried Düx für die im	53332 Bornheim
Widerspruchsverfahren bzgl. der Erhebung von	Lindenstr. 46
Anliegerbeiträgen stehende Anlegergemeinschaft	den 27. Febr. 2020

An den Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschuss
der Stadt Bornheim

Betr.: Ausbau/Umwidmung des Apostelpfad von einer Sammelstraße in eine Hauptverkehrsstraße

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

nachdem der Apostelpfad in der Ortslage Bornheim seit einigen Wochen für den allg. Straßenverkehr freigegeben wurde, ist schon heute feststellbar, dass

-die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 50km/h von einer großen Anzahl von Verkehrsteilnehmern nicht eingehalten wird. Im Kreuzungsbereich Apostelpfad/Ecke Königstraße wurde vor einigen Tagen ein 50er Schild aufgestellt. Im Bereich von weiteren Kreuzungsbereichen z.B. Burgbenden/Apostelpfad wurden Rechts-vor-Links-Regelungen aufgehoben. Ist damit nicht automatisch die in Bornheim allg. übliche 30er Zonen-Regelung wieder hergestellt. Im Bereich der Querungshilfen -z.B. stark von Kindergarten und Schulkinder genutzt- gibt es keine lokalen Geschwindigkeitseinschränkungen auf 30km/h.

Frage: welche Maßnahmen plant die Stadt Bornheim, um vorgenannten Auffälligkeiten zu beheben/einzuschränken?

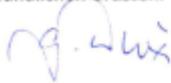
Des weiteren wird

–die Straße verbotswidrig von vielen LKW's (hier ist nicht erkennbar, daß es sich um Anliefer- bzw. Ladeverkehr handelt- genutzt. Die meisten Navigationssysteme weisen den vom Porta nach Waldorf fließenden Verkehr im Kreuzungsbereich des Uedorfer Wegs (Nähe Friedhof Bornheim) links in Richtung Apostelpfad

Frage: hat es wie in dem Vorschlag des Petitionsausschuss vom 15.1.2019 angeregt, eine Kontaktaufnahme mit den Anbietern von Navigationssystemsoftware gegeben, um diesen Umstand abzustellen?

Frage: Welche Umleitungsmöglichkeiten plant die Stadt Bornheim, wenn es zur Sanierung der L 134 kommt. Wird dann evtl. der Apostelpfad als Umleitungsstrecke herangezogen?

Mit freundlichen Grüßen.



Antwort zur Frage 1

Der Apostelpfad ist eine verkehrswichtige Straße auf der 50 km/h besteht. Ob und in welchem Umfang hier eine Geschwindigkeitsübertretung stattfindet, wird noch zu gegebener Zeit zu prüfen sein. Verkehrsüberwachungsfragen werden durch die Polizei geprüft, wenn nach gewisser Anlaufzeit der Straße erkennbar wird, dass ein großer Teil der Verkehrsteilnehmer zu schnell fährt. Die verkehrswichtige Straße ist nicht Bestandteil der 30 km/h Zone, sondern die 30 km/h beginnen in den Nebenstraßen.

Antwort zur Frage 2

Die Stadt Bornheim steht in Verbindung mit einem regionalen Verbund, der LKW-Durchfahrten durch die Stadt definiert und an die Navigationssoftware-Betreiber weiterleitet. Insofern ist die Kommunikation grundsätzlich gewährleistet. Damit ist aber nicht gewährleistet, dass jeder LKW-Fahrer tatsächlich über ein entsprechendes Navigationsgerät verfügt. Es gibt leider auch viele LKW –Fahrer, die mit Pkw-Navigationsgeräten unterwegs sind.

Antwort zur Frage 3

Der zuständige Landesbetrieb wird eine entsprechende Planung, Vorbereitung und Erörterung vornehmen. Die Verkehrsbehörde der Stadt Bornheim wird in diese Erörterung dann eingebunden. In dem Zusammenhang werden dann Umleitungsstrecken festgelegt. Insofern lässt sich dazu heute keine umfassende Bemerkung machen.